Bericht

über

die Aufstellung des Budgets für 1849 und des Vermögens-Status auf den 31. Dezember 1848.

Am 30. Juni dieses Jahres wurde von der hohen Bundesversammlung beschlossen, es sei der Bundesrath einzuladen,

- 1) Das in verschiedenen Abtheilungen zur Berathung und zum Abschluß gekommene Gesamtbudget für 1849, wie es durch die Verhandlungen der beiden Räthe sich gestaltet hatte, auf geeignete Weise zusammenzustellen, und
- 2) den Vermögensetat des Bundes auf den 31. Dezember 1848 aufzustellen und abzuschließen.

Der Bundesrath, von der Wichtigkeit dieser Aufgabe, wodurch die Aufstellung fester Formen, der ersten Bedingung eines geregelten Ganges in der Finanzverwaltung, bezweckt werden soll, durchdrungen, fand es für angemessen, auf den Antrag des Finanzdepartements, einen Experten in der Person des Herrn Bankdirektors Speiser von Basel einzuberufen, der sich auch auf verdankenswerthe Weise dieser Arbeit unterzogen hat.

Dem Voranschlag, wie derselbe nun auch in Beziehung auf die Form aus den Berathungen des Bundesrathes hervorgegangen ist, folgt nun der erläuternde Expertenbericht.

A. Der Voranschlag.

Bei der Aufstellung des für 1849 angenommenen Budgets, wie solches aus den Verhandlungen der beiden

Räthe hervorgegangen ist, handelt es sich nicht bloß um eine geordnete Zusammenstellung der verschiedenen, zum Theil ohne Beobachtung einer systematischen Reihenfolge berathenen und beschlossenen Ansätze. Die Aufgabe liegt noch weiter, und besteht hauptsächlich darin, daß zu einer Aufstellungsweise der Plan entworfen werde, welche für die zukünftigen Budgets als Norm angenommen und fortgeführt werden könne. In allem Rechnungswesen, welches eine epochenweise Wiederkehr der Abschlußtermine mit sich bringt, und wobei jedesmal eine vergleichende Prüfung und Gegenüberstellung der aufeinanderfolgenden periodischen Rechnungen stattfindet, ist die stete Gleichförmigkeit der Aufstellungsmethode ein Haupterforderniß der Zweckmäßigkeit, sowie einer erleichterten Arbeit für die sich damit befassenden Personen. In dieser Rücksicht sind also bei dem Entwurf dieses ersten Budgets die wesentlichen Bedingungen, welche man an eine Staatsrechnung stellt, mit besonderer Sorgfalt zu erforschen und zu befolgen, damit die einmal angenommene Form in der Zukunft sich als passend und genügend erweise.

Vor Allem ist hiebei das Wesen des Budgets in's Auge zu fassen, die Entstehung desselben und sein Zusammenhang mit der wirklichen Staatsrechnung, wovon es der Vorläufer ist.

Die gesammte Finanzverwaltung bildet einen Theil der Attributionen der Exekutivbehörde. Gleichwie auf andern Gebieten ihrer Wirksamkeit, findet sie aber auch hier die Richtschnur ihres Handelns in den Vorschriften, welche aufgestellt werden von der gesetzgebenden Gewalt. Das Budget ist nun das Finanzgesetz für eine gewisse, zum Voraus bestimmte Zeitperiode. Der Entwurf dazu geht, wie bei den meisten gesetzgeberischen Arbeiten, vom

Bundesrathes aus, der denselben zusammenstellt aus den verschiedenen Elementen, welche die ihm untergeordneten Verwaltungszweige liefern. Die gesetzgebenden Räthe berathen und beschließen über den vorgelegten Vorschlag, und das Resultat ihrer Verhandlungen wird als beschlossenes Gesetz in die Hände des Bundesrathes zur Vollziehung niedergelegt. Nach Abfluß der betreffenden Periode ist es wieder der Bundesrath, welcher der gesetzgebenden Behörde Rechenschaft ablegt über seine Verwaltung, über die Erhebung der Staatseinkünfte und ihre Verausgabung. Es ist wohl zu beachten, daß diese Rechenschaft über den ganzen Staatshaushalt sich erstrecken muß, weil der Bundesrath auch alle Zweige der Staatsverwaltung leitet, und dafür verantwortlich ist. Daher geschieht es nicht, daß die einzelnen Departemente und Verwaltungsstellen weder ihre besondern Büdgets bringen, und die unmittelbare Bevormortung davon übernehmen, noch daß sie ihre besondern Rechnungen ablegen. Die gesetzgebende Behörde kennt nur einen Mandatar, den Bundesrath, beschließt nur über ein Gesamtstaatsbüdget, und empfängt nur eine Rechnung, welche den ganzen Staatshaushalt umfaßt. Demnach muß das Büdget ein Ganzes bilden, und es besteht nicht aus einer Sammlung einzelner Rechnungen oder Voranschläge. Ein solches Verhältniß erheischt freilich entsprechende Einrichtungen in der gesammten Finanzverwaltung und angemessene Regeln für das Rechnungswesen der verschiedenen Verwaltungszweige, in ihrem Innern sowohl als namentlich in ihren Beziehungen zur Zentralverwaltung, welche für Alle die Rechenschaft abzulegen hat, und daher Alles umfassen und kontrolliren muß. Dieser Punkt greift jedoch in den Eingangs erwähnten zweiten Theil der Aufgabe, weshalb derselbe für jetzt nicht weiter aus-

geführt wird. Es war hier bloß darum zu thun, den Satz der Einheit des Budgets zu begründen.

Bei einer Rechnungsaufstellung sind es zwei Eigenschaften vornehmlich, welche die Zweckmäßigkeit bedingen. Einentheils wird gedrängte und klare Uebersichtlichkeit des Ganzen gefordert, andernteils aber, und zugleich, verlangt man deutliche Ausführlichkeit in den Einzelheiten. Diese beiden Erfordernisse stehen sich jedoch gegenseitig im Wege; denn Gedrängtheit und Uebersichtlichkeit schließen die Ausführlichkeit aus. Beiden Anforderungen ihr Recht gleichzeitig widerfahren zu lassen, kann daher nur in der Weise geschehen, daß ihnen getrennt entsprochen wird, und diesen Weg glaubte der Unterzeichnete wählen zu sollen. Es liegen demnach vor:

1) Das Budget. Der Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben in seinen Hauptabschnitten und Rubriken, in übersichtlicher Darstellung.

2) Die Nachweise dazu, für jeden einzelnen Einnahmen- und Ausgabeposten, möglichst ausführlich gegeben, und nach Nummern geordnet, welche sich rapportiren zu den im Budget aufgeführten allgemeinen Rubriken.

Es soll diese Methode den Vortheil gewähren, daß einerseits die Rechnung in ihren Hauptzügen mit einem Blick umfaßt werden kann, während andererseits ein einfaches und bequemes Nachschlagen auf die Elemente der verschiedenen Rechnungsposten zurückführt.

Das Budget ist eingetheilt in Hauptabschnitte oder Kapitel, in welchen die gleichartigen Positionen oder Ansätze sich vereinigt finden. Wenn das Budget ein getreues und anschauliches Gesamtbild des Staatshaushaltes darstellen soll, so dürfen dessen Bestandtheile nicht anders als ihrer Natur und Verwandtschaft nach an einander gereiht und geordnet sein, wodurch der prüfende

Blick einem Zeitfaden folgen kann. Eine verschiedene Einrichtung würde die Uebersichtlichkeit nicht gewähren, welche man vor Allem zu erstreben hat, während auf dem gegenwärtigen Wege die Verathung über das Budget am regelmässigsten sich bewegen und am sichersten vorwärts schreiten wird.

Ein Weiteres zur Rechtfertigung der angenommenen Aufstellungsmethode hat der Unterzeichnete nicht beizufügen, und geht nun zum Besondern des vorliegenden Budgets für 1849 über.

Zuerst sind einige Rechnungsdifferenzen zu berühren, welche bei Zusammenstellung der im Budgetbeschlusse der Bundesversammlung enthaltenen Ansätze sich herausgestellt haben. Eine Ausgleichung derselben durfte nicht stattfinden, weil hieraus eine Aenderung am gesetzlich festgestellten Resultate des Budgets hervorgegangen wäre. Es muß sich also darauf beschränkt werden, in dem gegenwärtigen Berichte jene Differenzen pro Memoria aufzuführen, wie folgt:

1) Gesah die Zinsberechnung auf dem rückständigen Kriegsschuldtermin des Standes Schwyz von Fr. 24,447 Rp. 66 zu 4%, während mit diesem Stande der Zinsfuß von 4½% übereingekommen worden ist.

2) Während, bei der Festsetzung der Budgetposition für die Pulver- und die Zündkapselabrik, beschlossen wurde, den Gehalt des Aufsehers der Zündkapselabrik für das zweite Semester wegfallen zu lassen, — weil diese Stelle mit derjenigen des Pulververwalters vereinigt ist, fand dennoch, bei der Zusammenstellung, dieser Abzug nicht statt, so daß der betreffende Ansatz von Fr. 250 im Budget stehen geblieben ist.

3) Ein ähnliches geschah mit dem Ansatz von Fr. 4,600 für Experten und Reisen des Postdepartements. Es ward

beschlossen, diese Summe auf Rechnung der Posteinnahmen, d. h. zu Lasten der Kantone zu bringen. Zu dem Ende erhöhte man auf dem Spezialbudget der Postverwaltung den Ansaß von Fr. 12,000 für Experten und Reisen auf Fr. 16,600; die vorerwähnten Fr. 4,600 blieben nichts desto weniger unter der Rubrik der allgemeinen Verwaltungskosten des Post- und Baudepartementes stehen; wo solche nun als double emploi anzusehen sind. Weitere Ausstellungen dieser Natur sind keine zu machen, dagegen dürfte vielleicht für die Zukunft die Bemerkung Beachtung verdienen, daß die wünschbare Annäherung des Budgets zu dem nachherigen Rechnungsergebnisse darunter leidet, wenn auf Rückständen, deren Erledigung man binnen kurzer Zeit voraussehen kann, die auch vielleicht zu der Epoche der Budgetberathung bereits abgetragen waren, dennoch volle Jahreszinsen eingebracht werden. So z. B. finden sich Fr. 977. 92 für Zinsen eines Jahres auf dem oben sub Nr. 1 erwähnten Rückstande von Schwyz angerechnet, während der wirkliche Zins nur Fr. 180 sein konnte, indem der betreffende Posten bereits im Januar getilgt war, und also nicht ein Jahr, sondern nur zwei Monate ausstand. Die gleiche Bemerkung betrifft möglicherweise auch den Zinsenansatz auf dem doppelten Geldcontingent von 1847, dessen Rückzahlung vermittelt der voraussichtlich liquid werdenden Mittel der Bundeskasse wohl früher als erst am Ende dieses Jahres stattfinden können.

In Beziehung auf die Nachweise zum Budget, hat der Unterzeichnete sich beflissen, dieselben, soweit die zu Gebot stehenden Materialien reichten, möglichst ausführlich zu geben. Er darf aber nicht verhehlen, daß ihm solches nicht ganz nach Wunsch gelungen ist. Die Hindernisse, welche bei einer ersten Budgetausstellung in

den Umständen liegen, sind indessen ein hinlänglicher Entschuldigungsgrund für diese Mangelhaftigkeit, und das um so eher, als es schon bei Ablegung der ersten diesem Budget entsprechenden Jahresrechnung möglich sein wird, jene Lücken zu ergänzen.

B. Der Voranschlag der Kapitalbewegungen.

Das Budget ist der Voranschlag der Einkünfte des Staats und ihrer Verwendung. Es setzt einerseits die Summe der Bedürfnisse des Staats für die nächste Rechnungsperiode fest, und anderseits gibt es, — wie man in England und Amerika sagt, — „die Mittel und Wege“ zur Deckung derselben. Die Differenz zwischen dem Betrag der festgesetzten Ausgaben und demjenigen der vorgesehenen Einnahmen zeigt die voraussichtliche Ziffer der Vermehrung oder der Verminderung des Staatsvermögens. Allein in jedem Haushalt, und so auch in demjenigen eines Staates, gehen Bewegungen vor mit dem verwalteten Vermögen, die weder eigentliche Einnahmen noch wirkliche Ausgaben heißen dürfen, die auch am Vermögensbestand nichts verändern, welche aber dennoch auf die Finanzverhältnisse von wesentlichem Einflusse sind. In das Budget dürfen dieselben nicht aufgenommen werden, weil dadurch ein unrichtiges, illusorisches Resultat hervorgebracht würde. So z. B. wäre es irrig, die stattfindende Heimzahlung eines angelegten Kapitals durch Aufnahme in das Budget als einen Theil der Einkünfte zu betrachten, oder die Abtragung eines bereits in der Bilanz vom vorigen Jahr enthaltenen Guthabens als eine Einnahme anzusehen, welche für die Deckung laufender Bedürfnisse verwendet werden darf. Beides würde „aus dem Kapital zehren“ heißen. Indessen kann ein Staat Verbindlichkeiten zu erfüllen haben,

die nicht aus seinen ordentlichen Einnahmen bestritten werden sollen, sondern aus Verbindlichkeiten Dritter ihm gegenüber, oder er kann Termine eingegangen sein zur Abtragung einer Schuld, deren Deckung aus dem Staatsvermögen geschehen muß, das zu diesem Zwecke liquid zu machen ist. Für Verpflichtungen dieser Art muß nicht minder vorgesorgt werden, als für die Bedürfnisse des ordentlichen Staatshaushalts; auch sie bedürfen ihres Budgets. Wenn die fälligen Termine eintreffen, so kann der Staat nicht mit Verweisungen auf seine Debitoren zahlen, oder mit Schuldtiteln, die er besitzen mag, sondern er bedarf baares Geld, und deswegen ist es wichtig, vorauszuwissen, ob in dem bevorstehenden Jahre eine hinreichende Summe der Vermögensaktiven liquid werden wird zur Deckung der fällig werdenden entsprechenden Passiven. Zu diesem Ende ist „der Voranschlag der Kapitalbewegungen“ aufgestellt worden, dessen Resultat für das Jahr 1849 ergibt, daß die liquid werdenden Aktiven um Fr. 538,044. 62 die fälligen Passiven übersteigen, daß demnach am Ende des Jahres ein Baarüberschuß von diesem Betrag in der Bundeskasse vorhanden sein wird, Unvorhergesehenes vorbehalten, und unter der Voraussetzung, daß alle Staatsdebitoren ihre Verbindlichkeiten genau erfüllen werden.

Rechnet man zu der Summe der Kapitalbewegungen die Summe des Budgets, so erhält man die wahrscheinliche Summe der Kassenbewegung.

Es stellt sich demnach heraus:

Daß die Bundeskasse im Jahr 1849 einnehmen wird:
Durch Rückzahlung von Kapitalausständen, Guthaben u. s. w.

inklusive den Kassa=Saldo vom		
31. Dezember 1848	. .	Fr. 1,819,627. 78.
Einnahmen des Budgets	. .	„ 4,778,708. 85.
		<hr/>
		Fr. 6,598,336. 63.

Ausgeben wird sie:

Für Kapitalrückzahlungen und andere Verbindlichkeiten, die am 31. Dezember 1848 zu den Passiven des Vermögensetats gehörten		Fr. 1,236,767. 83.
Ausgaben des Budgets	. .	„ 4,823,524. 18.
		<hr/>
		Fr. 6,060,292. 01.

Die Mehreinnahme, welche den voraussichtlichen Kassa=Saldo am 31. Dezember 1849 bildet, beträgt also		„ 538,044. 62.
		<hr/>
		Fr. 6,598,336. 63.

Als eine Beilage zu dem Voranschlag der Kapitalbewegungen, und zugleich als ein Nachweis zu dem nachfolgenden Vermögensstatus ist

„Die Darstellung des Rechnungsverhältnisses der Stände des gewesenen Sonderbunds“ ausgefertigt worden.

Bekanntlich gingen die erwähnten Stände die Verpflichtung ein, die aus ihrer Bekriegung hervorgegangenen Kosten, wie sich solche nach geschעהner Abrechnung herausstellen werden, gemeinschaftlich und skalamäßig zu tragen. Da man im Dezember 1847 das Verhältniß der sofort zu leistenden Abzahlungen feststellen wollte, zugleich aber voraussah, daß der definitive Abschluß der Kriegrechnungen wohl noch längere Zeit erfordern würde, so nahm man damals vorläufig die Summe von Fr. 5,500,000

als ungefähren, voraussichtlichen Schuldbetrag an, und vertheilte solche auf die sieben Kontributionspflichtigen Stände, mit dem Vorbehalt späterer definitiver Festsetzung der betreffenden Antheile, sobald die Rechnungen vereinigt und zu gehörigem Abschluß gekommen sein werden. Durch eine irrthümliche Berechnung des Beitragsverhältnisses des Standes Zug geschah es, daß statt obiger Summe eine höhere, nämlich Fr. 5,526,639. 57 repartirt ward, was sich indessen bei der spätern Schlussrechnung wieder ausgleichen wird.

In Erfüllung ihrer Verpflichtungen haben bis zum 31. Dezember 1848 die betreffenden Stände von ihrer Schuldsomme abgetragen: Fr. 1,095,601. 34. Die im Laufe des Jahres 1849 fälligen Termine, mit Einschluß der Rückstände vom vorigen Jahr, betragen Fr. 1,364,395. 42. Welches aber am 31. Dezember 1848 der wahre Stand ihrer Kriegsschuld war, ist gegenwärtig noch unmöglich zu ermitteln, weil bis zur Stunde die bezüglichen Rechnungen noch nicht abgeschlossen sind. Wie es scheint, waren diese letztern im Mai dieses Jahres bis auf den Punkt fortgeschritten, daß die Ausgaben, resp. Schuldsomme den repartirten Betrag von Fr. 5,526,639. 57 bereits um Fr. 404,960. 98 überstiegen hatte. Inwiefern die sich demnach ergebende Gesamtsomme, von beiläufig sechs Millionen, dem Endresultat nahe kommen mag, hierüber ist der Unterzeichnete nicht im Fall, Muthmaßungen anzustellen, indem er in das Innere jener Rechnungsverhältnisse keinen Blick gethan hat.

Inzwischen bleibt dieser wesentliche Theil der Bundeskomptabilität ein unerledigter, und die Ziffern desselben müssen einstweilen als unbestimmte angesehen werden.

C. Der Vermögensstatus.

Die Begründung, Einrichtung und Führung irgend einer geordneten Komptabilität ist nicht möglich, ohne daß der Vermögensstatus in Aktiven und Passiven, als Grundlage und Ausgangspunkt davon angenommen werde. Mit richtiger Anerkennung dieses Prinzips ist daher in den Eingangs erwähnten Beschluß der Bundesversammlung vom 30. Juni der Auftrag an den Bundesrath aufgenommen worden:

„Den Vermögensetat des Bundes auf den 31. Dezember 1848 abzuschließen, in denselben auch das Kriegsmaterial und die zu militärischen Zwecken bestimmten Liegenschaften aufzunehmen und den Etat dann der Bundesversammlung zur Genehmigung vorzulegen.“

Daß in ihrer Sitzung vom vorigen Monat Mai und Juni der Bundesversammlung ein solcher Etat nicht vorgelegt werden konnte, erklärt sich genügend aus dem damaligen Mangel einzelner und aus der Lückenhaftigkeit anderer dazu erforderlicher Elemente. Die frühere eidgenössische Finanzverwaltung hatte bloß die Gelbangelegenheiten des Bundes im engern Sinne in ihr Rechnungswesen aufgenommen; das Immobilienvermögen, sowie die Vorräthe an Material und Kriegsgeräthschaften blieben von ihr unberücksichtigt. Bei dem Ausbruch des Sonderbunds Kriegs wurde hierauf eine eigene, militärische Finanzverwaltung im Oberkriegskommissariate aufgestellt, neben und außer dem bisherigen Staatsbuchhalter und Kassier, sowie ohne dieses letztern Antheilnahme oder Kontrolle der Rechnungsführung. Es bestanden also bei der Uebnahme der Geschäfte durch den Bundesrath zwei von einander getrennte Finanzverwaltungen, wovon nur die erstere ihre Rechnungen gehörig abgeschlossen übergeben konnte; die Rechnungen des Ober-

kriegskommissariats waren, sowie jetzt noch, zu keinem Abschluß gelangt.

Eine genaue Aufstellung der Aktiven und Passiven des Bundes war also materiell unmöglich. Die Bundesversammlung, diese Verhältnisse erkennend, bezeichnete die vorhandenen Lücken und schrieb deren Ausgleichung vor, damit die Ausfertigung des von ihr verlangten Vermögensstatus stattfinden könne.

Ihr dießfälliger Beschluß lautet:

„Es seien die noch rückständigen Rechnungen

„a. über die Sonderbündeskriegskosten,

„b. über die Grenzbewachungskosten von 1848,

„c. über die Zentralmilitärausgaben von 1848,

„d. über die Pensionsausgaben von 1848

„beförderlich abzuschließen, um die Resultate davon in „jenen Etat aufnehmen zu können.“

Die Aufnahme der sub d angeführten „Pensionsausgaben von 1848“ in das vorstehende Verzeichniß geschah zwar aus einem Mißverständnisse; denn die Pensionsrechnung hatte zu jener Zeit bereits die Passation der Bundesversammlung erhalten. Einzig konnte der Umstand in Beziehung auf den Vermögensstatus vom 31. Dezember 1848 eine Bedeutung haben, daß das zweite Semester der Pensionen von 1848 erst im Januar 1849 ausbezahlt worden war.

Bis zur Stunde sind aber die übrigen Aufträge noch nicht erfüllt, und insofern besteht die Unmöglichkeit fort, den Beschluß der Bundesversammlung in Beziehung auf die Aufstellung eines Vermögensstatus auszuführen.

Es mußte sich daher die Frage erheben, ob es zweckmäßiger sei, noch länger zuzuwarten und die erwähnte hohe Behörde bei ihrer nächsten Zusammenkunft auf eine spätere Zeit zu vertrösten, oder ob einstweilen, nach

Maßgabe der Umstände, fortgeschritten werden solle, und ein Vermögenssetat aufgestellt, dessen Ziffern zwar zum Theil unbestimmt und nachherigen Aenderungen ausgesetzt sein werden, welcher aber, wenn nicht arithmetisch richtig, doch materiell vollständig sich ausfertigen ließe. Dieses Letztere schien die empfehlenswerthere Handlungsweise zu sein, und zwar aus mehrfachen Gründen.

Erstens drängt sich die Wichtigkeit der beförderlichen Einrichtung eines geordneten Rechnungswesens auf. Diese ist aber so lange nicht möglich, als kein gehöriger Status der Aktiven und Passiven vorhanden sein wird, welcher, wie bereits erwähnt, die unerläßliche Basis der Komptabilität bilden muß. Sodann darf anzunehmen sein, daß die Bundesversammlung den Umständen Rechnung tragen werde in Beziehung auf die Mangelhaftigkeit des Status, welcher ihr wird vorgelegt werden können.

Und dieses um so eher, als ihr Ziel mehr die Begründung einer geordneten Finanzverwaltung zu sein schien, als der Wunsch, auf Heller und Pfening den Vermögensbestand des Bundes zu wissen. Der Status wird in so fern vollständig sein, als alle Aktiv- und Passivposten jeder Art darin aufgeführt sich finden, nur die Ziffern einzelner darunter dürfen nicht als definitiv angesehen werden. Indessen kann man selbst diese letztern als der Wirklichkeit ziemlich nahe betrachten, und es ist nicht wahrscheinlich, daß das wahre, definitive Resultat, wenn es einmal erhältlich sein wird, um mehr als einige Prozent von dem sich jetzt provisorisch herausstellenden abweichen werde. Und solche Differenzen, — wenn sie gleich vom Standpunkt genauer Regelmäßigkeit aus beförderliche Berichtigung und Ausgleichung verlangen, — sind nicht wesentlich genug, um bezwegen einen in so

wichtigen Beziehungen nothwendigen Abschluß aufzuschieben.

Der Vermögensstatus des Bundes ist also, nach den Vorschriften der Bundesversammlung und vorbehältlich späterer Ausgleichung sich ergebender Differenzen, aufgestellt worden, und liegt hier bei.

Die Aktiven desselben belaufen sich auf Fr. 8,939,530. 44

Die Passiven „ 4,292,060. 79

Der Bestand des reinen Vermögens

also auf „ 4,647,469. 65

Die beiden Theile des Vermögensstatus sind, gleichwie das Budget, in Abschnitte zerlegt, welche die gleichartigen Posten unter die gleiche Rubrik bringen, was die Uebersichtlichkeit erleichtern soll. Zur Vollständigkeit dieser Aufstellung werden ebenfalls Nachweise oder Belege erforderlich sein, wovon aber, aus den bereits angeführten Gründen, eine Anzahl gegenwärtig noch nicht geliefert werden kann. Deshalb scheint es auch passender, mit der Vorlage der übrigen Nachweise zu warten bis zu der Zeit, wo der definitive Vermögensstatus wird eingegeben werden können.

Inzwischen glaubte der Unterzeichnete ein Verzeichniß aufstellen zu sollen der Nachweise, welche die Vollständigkeit des Vermögensstatus erheischen wird. Es sind dieß:

I. Zu den Aktiven:

1) Das detaillirte Verzeichniß der am 31. Dezember 1848 vorhanden gewesenen Schuldtitel des ehemaligen Kriegsfonds.

2) Ein ähnliches Verzeichniß der an jenem Datum vorhanden gewesenen Schuldtitel des Invalidenfonds.

3) Die Beschreibung der dem Bunde zugehörigen Liegenschaften, ihrer Ausdehnung, Lasten und Nutzungen:

- a. der Allmend bei Thun;
- b. des Müti- und Engeguts;
- c. der verschiedenen Festungswerke.

4) Die Rechnung der Sonderbundseldzugskosten, abgeschlossen, revidirt und gutgeheißen.

5) Ein Verzeichniß der am 31. Dezember 1848 rückständig gewesenen Kapitalzinsen.

6) Ein ähnliches Verzeichniß der Grenzgebührenaufstände vom gleichen Datum.

7) Genau spezifizierte Inventarien des Bestandes am 31. Dezember 1848 von

- a. den Kriegsgeräthschaften;
- b. den Spitalgeräthschaften;
- c. den Karten, Plänen, Instrumenten und Büchern;
- d. dem Borrath gedruckter Reglemente und Ordonanzen.

8) Ein Inventar des Mobilars am 31. Dezember 1848

- a. der Bundeskanzlei;
- b. der Bundeskasse.

9) Ein Inventar der Maschinen und Geräthschaften der Zündkapselabrik.

Von den in diesem Verzeichniß aufgeführten Rechnungsstücken sind

Nr. 1, 2, 5 und 6 vorhanden, oder können den Büchern entnommen werden.

Nr. 8 und 9 sollen ebenfalls vorhanden sein.

Nr. 3 wird ohne große Verzögerung angefertigt werden können.

Nr. 4 hingegen, — die Sonderbundseldzugstrech-

nung — scheint an ihrem letzten Stadium noch nicht angelangt zu sein, und es wird wohl besonderer Anstrengungen bedürfen, damit dieses Haupthinderniß gegen die Einführung eines geordneten Ganges im Rechnungswesen in nächster Zeit überwunden werde.

II. Zu den Passiven.

1) Rechnung des Liquidationsbaldo der Sonderbundsriegskosten;

2) Rechnung der Liquidation der Grenzbewachungskosten von 1848;

3) Verzeichniß der den Kantonen schuldigen Restanzen von dem rückzahlbaren doppelten Geldkontingent von 1847 sammt darauf laufenden Zinsen bis zum 31. Dezember 1848;

4) Rechnung über die stattzufindenden, resp. stattgefundenen Verwendungen der Kredite

Für Unterstützung von Verwundeten,

„ Zentralmilitärausgaben.

Von diesen Nachweisen sind, außer Nr. 3, dermalen noch keine vorhanden.

Nr. 1 betrifft den nämlichen Gegenstand wie Nr. 4 der Aktiven, und kann nur mit diesen seine Erledigung finden.

Nr. 2 betrifft ebenfalls einen Rückstand des Oberkriegskommissariates.

Für Nr. 3 hingegen sind die erforderlichen Elemente beim Finanzdepartement vorhanden.

Die erwähnten Posten des Vermögensstatus, deren Ziffern nur als provisorisch anzusehen sind, und für welche eine definitive Festsetzung vorbehalten bleiben muß, finden sich roth ausgesetzt. Das Verzeichniß derselben ist folgendes :

I. Activ=Posten.

1) Die Rechnungen der Sonderbunds-
Kriegsschuld, sowohl die Restanz der be-
reits repartirten Hauptsumme, mit Fr. Rp.
welche auf keiner abgelegten Rechnung be-
ruht, als die Nachforderungssumme, welche
angeschlagen ist auf 4,431,038. 23.
404,960. 98.

(Die erstere dieser Summen ist indessen
nicht roth ausgesetzt, weil die sich erge-
benden Aenderungen auf der letztern in
Anrechnung gebracht werden können).

2) Der Bestand von Kriegs- und
Spitalgeräthschaften und andern Gegen-
ständen der Militärverwaltung, welchenach
ältern Inventarien angesetzt sind auf 454,359. 34.

(Diese Inventarien müssen nothwendiger-
weise residirt werden, in Betracht des in
den letzten Jahren vielfach stattgefundenen
Gebrauchs jener Gegenstände).

Summe der unbereinigten Activposten 5,290,358. 55.

II. Passiv=Posten.

1) Liquidationssaldo der Sonderbunds-
kriegskosten, angeschlagen zu 346,000. —.

2) Liquidationssaldo der Grenzbewa-
chungskosten von 1848 80,030. —.

(Diese beiden Posten, gleich wie Nr. 1 der
Aktiven, betreffen den Geschäftskreis des
Oberkriegskommissariats.)

Summe der unbereinigten Passivposten 426,030. —.

In Beziehung auf die materielle Vollständigkeit des
vorliegenden Vermögensstatus glaubt der Unterzeichnete
nichts übersehen zu haben. Folgende Zusammenstellung

zeigt, welche früher unberührte Posten darin aufgenommen worden sind. Die Budgetkommission des Nationalraths gab nämlich, in ihrem Berichte, eine vorläufige Aufstellung des Vermögensbestandes des Bundes, bemerkte aber dazu ausdrücklich, daß dieselbe nicht als abgeschlossen betrachtet werden dürfe, und bezeichnete zugleich eine Anzahl Posten, welche noch beizufügen seien. Nach jener Aufstellung belief sich der Stand der Aktiven auf Fr. 7,573,919. Rp. 18.

Hievon sind abzurechnen " 267. " 61.
 Ein Zinsposten auf Zug, welcher das Jahr 1849 beschlägt, und also im Status vom 31. Dezember 1848 nicht stehen darf).

Fr. 7,573,651. Rp. 57.

Beigefügt wurden :

Kostenwerth der Allmend bei Thun	Fr.	150,000.	Rp.	—.
Anschlagswerth d. Festungswerke, ein Drittel des Kostenwerths	"	10,000.	"	—.
Invalidenfonds	"	315,000.	"	—.
Sonderbundsriegelskosten = Nach- forderung	"	404,960.	"	98.
Material der Bündkapsel-fabrik	"	30,898.	"	55.
Vorräthe der Militärverwaltung und Mobilien der Kanzlei zc.	"	455,019.	"	34.

Total nach der vorliegenden
 Aufstellung Fr. 8,939,530. Rp. 44.

Der Bestand der Passiven,
nach der provisorischen Aufstel-
lung der Budgetkommission, be-
trug Fr. 3,935,767. Rp. 83.

Beigefügt sind worden:

Liquidationssaldo der Sonder-			
bundskriegskosten	„	346,000.	„ —.
Depositum der Sonderbunds-			
kriegskasse	„	10,292.	„ 96.

Total nach der vorliegenden
Aufstellung Fr. 4,292,060. Rp. 79.

Der letztere dieser beiden hinzugekommenen Posten
rührt her von der Beschlagnahme einer Kriegskasse, in
welcher, außer der aufgeführten

Fr. 10,292. Rp. 96. die in baar vorhanden waren, noch
„ 60,034. „ 28. in einem Schuldtitel auf Staats-
rath Weck, in Freiburg, und
„ 30,017. „ 13. in einem solchen auf Joseph Escher
in Brieg sich befanden.

Fr. 100,344. Rp. 37. zusammen.

Die obige Baarsumme, nebst den darauf anzulau-
fenden Zinsen, wird bei der schließlichen Abrechnung mit
den betreffenden Ständen in Anschlag zu bringen sein.
Was die Schuldtitel anbetrifft, welche dormalen als
illiquide Werthe anzusehen sind, so werden dieselben vor-
läufig als ein einfaches Depositum betrachtet, um dann
später entweder bei Eingang gutgeschrieben, oder aber
zurückgegeben zu werden. Die Baarsumme mußte da-
rum in die Passiven des Vermögensstatus aufgenommen
werden, weil sie s. Z. in die Kasse des Oberkriegskom-
missariats geflossen ist.

Mit der vorstehenden Berichterstattung und den beiliegenden Rechnungsaufstellungen glaubt der Unterzeichnete den ihm in Beziehung auf den dermaligen Stand des eidgenössischen Rechnungswesens gewordenen Auftrag erledigt zu haben, so weit nämlich solches unter den gegebenen Umständen und bei der Mangelhaftigkeit wesentlicher Elemente möglich war. Die vorhandenen Lücken und Mängel hat er sämmtlich aufgeführt und bezeichnet, und da der hohe Bundesrath von der Wichtigkeit der Sache durchdrungen ist, so wird derselbe diejenigen Mittel wohl zu finden wissen, durch welche die bestehenden Hindernisse zu überwinden sein werden. Ein geregeltes Rechnungswesen ist für den Staatshaushalt die nothwendige Grundlage und die unerläßliche Bedingung der Ordnung. Und der Unterzeichnete erlaubt sich beizufügen, daß je länger es aufgeschoben wird, diese Grundlage herzustellen, um so höher häufen sich die Hindernisse dagegen an, und um so schwieriger wird das Werk der Herstellung eines geordneten Zustandes.

Es wird aber nur der erste Schritt gethan, und der unmittelbarste Theil der Aufgabe erfüllt sein mit der Festsetzung einer Form für das Budget und dem Abschluß eines Vermögensstatus. Deshalb glaubte auch der Unterzeichnete in dem ihm gewordenen Auftrag einen zweiten, weiterliegenden Theil erblicken zu sollen. Auf daß nemlich der Kampf zwischen Ordnung und Unordnung nicht bei jeder Gelegenheit wieder aufstauche, und nicht jede Rechnungsablegung erneute Schwierigkeiten mit sich führe, muß eine feste Bahn der Regelmäßigkeit gebaut werden. Es muß die ganze Maschine des eidgenössischen Verwaltungswesens nach übereinstimmenden Grundsätzen konstruirt werden, und jeder Theil, jedes einzelne Rad derselben muß in seiner Bahn und Bewegung festen

Normen und auf Uebereinstimmung berechneten Regeln folgen. Es genügt bei weitem nicht, daß jeder Theil seinen besondern Gang gehe, wenn auch derselbe regelmäßig wäre; die Ordnung des Ganzen wird nur möglich durch eine ineinandergreifende harmonische Bewegung der Theile.

Zu diesem Ende bedarf es:

1) Eines Comptabilitätssystemes für die Zentralfinanzverwaltung des Bundes, welches hinlängliche und sichere Mittel der Kontrolle, und einer schnellen so wie klaren Rechnungsablegung gewährt.

2) Eines organischen Gesetzes über das gesammte Bundesfinanzwesen, eines Gesetzes, das die sämmtlichen Rechnungs- und Kontrollenverhältnisse der Zentralverwaltung sowohl als der Spezialverwaltungen, Posten, Zölle u. s. w. regelt und feststellt, und zwar nicht nur für das Innere dieser Verwaltungen, sondern auch in ihren Beziehungen untereinander und zu der Zentralverwaltung.

(Hiezu das aufgestellte Budget selbst als Beilage).

Bericht über die Ausstellung des Budgets für 1849 und des Vermögens-Status auf den 31. Dezember 1848.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1849
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	51
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	29.09.1849
Date	
Data	
Seite	544-564
Page	
Pagina	
Ref. No	10 000 184

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.